

Eine Religion ist genug



Tony Abbott hat jetzt die große Ehre und Verantwortung, Australiens Premierminister zu sein, weil er vor etwas unter vier Jahren in Frage gestellt hat, was ein politischer Konsens zur globalen Erwärmung zu sein schien; er wurde mit einer Stimme Vorsprung zum Vorsitzenden seiner Partei gewählt, die er anschließend dazu brachte, ihre Politik in dieser Angelegenheit grundlegend zu ändern. Dann konfrontierte er die amtierende Regierung mit den ziemlich dramatischen Folgen ihrer diesbezüglichen Politik, auf die ich gleich noch näher eingehen werde.

Den Titel zu diesem Aufsatz habe ich mit Bedacht gewählt, und zwar als Reaktion auf den frömmelnden Tonfall, der von so Vielen angeschlagen worden ist, die substantiell und kostspielig Antworten auf etwas vorangetrieben haben, das sie als unwiderlegbaren Beweis dafür ansahen, dass das Weltklima einer Katastrophe entgegen geht. Gerichtet war das gegen Menschen, die ihre Ansichten nicht teilten. Für sie ist die Ursache zu einer Ersatzreligion geworden.

Es wird eine zunehmend offensive Sprache benutzt. Das ungeheuerlichste Beispiel hierfür ist der Ausdruck „Leugner“. Wir alle wissen um die besondere Bedeutung dieses Wortes im gegenwärtigen Sprachgebrauch. Es wurde in dieser Debatte mit böswilliger Absicht verwendet.

Das überragende Phänomen dieser Debatte ist der ständige Versuch der Beeinflussung von Politikern, in manchen Fällen erfolgreich, doch bitteschön dem Mantra „folge der Wissenschaft“ und „die Wissenschaft ist sich wirklich einig“ zu folgen. Ziel ist es, den Eindruck zu erwecken, dass es nicht wirklich Spielräume gibt, dies zu hinterfragen; das ist nicht wirklich eine öffentliche Angelegenheit, sondern eine, zu der sich die Experten geäußert haben, und wir alle wären schlecht beraten, etwas anderes zu unternehmen als sie vorschlagen; und diese Vorschläge sind direkte Folge der wissenschaftlichen Ergebnisse.

Dr. Richard S. Lindzen hat kürzlich im *Journal of American Physicians and Surgeons* etwas über jene geschrieben, die es sinnvoll finden, die Wissenschaft als Begründer ihrer politischen Agenda heranzuziehen: „Dies involviert sofort eine Verzerrung der Wissenschaft auf sehr grundlegende Weise: die Wissenschaft wird so nämlich zu einer Quelle der Autorität und nicht einer Vorgabe, etwas zu untersuchen. Der wirkliche Nutzen der Wissenschaft stammt aus Letzterem; der politische Nutzen aus Ersterem“.

Es ist eine bewährte Methode. Ich meine die Bezeichnungen, die Sie sicher schon gehört haben, dass nämlich etwas „über der Politik steht“ oder „zu wichtig ist, um es den Politikern zu überlassen“, wobei die Politiker selbst manchmal die schlimmsten Schuldigen von allen sind, wenn sie Entscheidungen treffen, die in Wirklichkeit von Anderen stammen. Politiker, die ihren Ansehensverlust beklagen, sollten sich daran erinnern, dass sie jedes Mal, wenn sie durch die vermeintlichen Ansichten der Experten eingeschüchtert werden, diesem Ansehensverlust weiteren Vorschub leisten.

Wissenschaftler sind Experten der Wissenschaft. Richter sind Experten bei der Interpretation der Gesetze, und Ärzte sind spezialisiert darauf, uns gesund zu halten – unter der Voraussetzung, dass wir ihren Ratschlägen folgen. Aber Parlamente, bestehend aus gewählten Politikern, sind die Experten öffentlicher Politik, und niemals sollten sie diese Rolle betont oder unbewusst Anderen zukommen lassen.

Diese meine Ansicht ist Teil meiner seit Langem gehaltenen Beurteilung, dass die drei großen Säulen einer demokratischen Gesellschaft ein starkes parlamentarisches System, eine unbestechliche Justiz und freie, skeptische Medien sind. Ich war immer gegen *Bills of Rights**, nicht zuletzt weil sie Entscheidungen auf nicht gewählte Richter übertragen; Entscheidungen, die nur von gewählten Vertretern der Bevölkerung getroffen werden sollten.

Die globale Erwärmung ist eine überaus bedeutsame öffentliche politische Angelegenheit. Die Wissenschaft zu verstehen ist unabdingbar; ebenso wie das Verstehen der Ökonomie. Genauso wichtig ist das Verstehen, dass nach Rendite Trachtende sehr hartnäckig sind, sowie öffentliche Gelder ins Spiel kommen.

Dem McKinsey-Bericht zur globalen Bevölkerung zufolge, im Jahre 2012 für die UN geschrieben, wird es im Jahr 2030, also in etwas über 16 Jahren, 2,2 Milliarden mehr Verbraucher der Mittelklasse in der Welt geben als jetzt, davon 1,7 Milliarden allein in Asien. Wir sprechen hier davon, nahezu ein Viertel der Weltbevölkerung aus der Tyrannei der Armut durch wirtschaftliches Wachstum zu befreien, und das nur in einer so kurzen Zeit wie weniger als 20 Jahre.

Es ist schwer, sich begeisterndere Aussichten vorzustellen; eine Aussicht, die Politiker dazu bringen sollte sicherzustellen, dass sie in Erfüllung geht. Einige Enthusiasten bzgl. der globalen Erwärmung führen die Debatte in moralischer Hinsicht. Sollte nicht die Befreiung von hunderten Millionen aus der Armut unser aller moralisches Anliegen sein? Falls ja, dann fällt es schwer, die gegen die globale Erwärmung gerichtete Politik zu rechtfertigen, die in jeder Hinsicht der wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungsländern entgegen steht.

Während der letzten fünf Jahre hat sich die Dynamik der Diskussion um die globale Erwärmung verlagert, und zwar weg von einem übertriebenen Nachlaufen der schlimmstmöglichen Implikationen dessen, was die Mehrheit der Klimawissenschaft uns erzählt, hin zu einer ausgewogeneren und nachfragenden Annäherung. Dafür gab es eine Reihe von Gründen.

Die globale Finanzkrise spielte eine entscheidende Rolle. Wenn ich die

berühmte Phrase von Irving Kristol etwas verändern darf, sie reicherte die Debatte mit einer starken Dosis Realität an. Nicht nur, weil sie einige Regierungen gezwungen hat, die Kosten alternativer Energie-Schemata neu zu berechnen, sondern vor allem wegen deren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Sie hat die Wachstumsrate der Treibhausgas-Emissionen verringert und so Anlass gegeben, genauer über die Klugheit mancher Entscheidungen nachzudenken, die im Namen der Rettung des Planeten getroffen worden waren.

Der Kollaps des Gipfels in Kopenhagen im Jahre 2009 stellte einen schweren Schlag gegen eine weltweite Übereinstimmung bzgl. der globalen Erwärmung dar, die wiederum eine wesentliche Vorbedingung für das effektive Betreiben von Emissions-Handelssystemen ist. Ohne Verständnis für die gegensätzlichen Positionen der Amerikaner einerseits und der größten Emittenten der sich entwickelnden Ökonomien andererseits war das Scheitern jenes Gipfels unvermeidlich. Es sieht so aus, als ob man seitens Washingtons wenig für ein solches Verständnis getan hat.

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass eine Übereinkunft dieser Art jemals erreicht wird. Trotz der starken Überzeugung von Präsident Obama hinsichtlich eines Zertifikatehandels, ausgedrückt in der Rede an die Nation im Februar dieses Jahres, verbleibt in den USA ein gewisser Widerstand in beiden Parteien, Übereinkommen dieser Art zu übernehmen. Die Republikaner stehen hier an vorderster Stelle, aber man erinnere sich, dass es der US-Senat während der Präsidentschaft von Bill Clinton mit 95 zu 0 Stimmen abgelehnt hat, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren, solange nicht alle großen Emittenten mit im Boot sind. Und das wird niemals geschehen.

Länder wie China haben genau verfolgt, wie die westlichen industrialisierten Nationen das hohe BIP erreichen, das sie jetzt anstreben, während der Energieverbrauch gleichzeitig als umweltschädlich verdammt wird. Sie haben nicht die Absicht, sich selbst diesen Energieverbrauch zu versagen, der für den Westen so offensichtlich vorteilhaft war. Ihr größtes Einzelziel ist die wirtschaftliche Entwicklung. Wer sollte das in Frage stellen, wenn dadurch weiterhin Millionen Menschen aus der Armut befreit werden können? Welches Recht hat der schon jetzt im Überfluss lebende Westen, den Entwicklungsländern das zu verwehren?

Die Flut von E-Mails von der University of East Anglia, der eingestandene Irrtum hinsichtlich der Gletscher des Himalayas ebenso wie die rein politischen Agenden jener, die den vermeintlich unparteiischen wissenschaftlichen Ratschlägen gefolgt sind, haben den Ruf des IPCC als die ultimative Institution wissenschaftlicher Experten zur globalen Erwärmung nachhaltig beschädigt.

Zum Beispiel hat Ottmar Edenhofer, Vizevorsitzender der IPCC-Arbeitsgruppe III und Leitautor des 4. IPCC-Zustandsberichtes 2007 seine Überzeugung der unparteiischen wissenschaftlichen Vorgehensweise des IPCC mit seinem bemerkenswerten Statement demonstriert: „Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um. Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen wie Waldsterben oder Ozonloch, fast nichts mehr zu tun“ [1].

Und im jüngsten IPCC-Bericht wurde widerwillig eingeräumt, dass die Erwärmung während der letzten 15 Jahre zum Stillstand gekommen ist. Aber man versichert uns, dass dies lediglich vorübergehend sei.

Wichtig ist, dass die Technologie wie immer die Parameter der Debatte verändert hat. Die Extrahierung von Öl und Gas aus Schiefer hatte gewaltige Auswirkungen auf die Energieszene in den USA. Gas ist billiger als Kohle, und Erdgas emittiert 45% weniger Kohlendioxid als Kohle und kostet erheblich weniger als die gegenwärtig verfügbare Wind- und Solarenergie. Im Jahre 2012 sanken die Kohlendioxid-Emissionen der USA auf das niedrigste Niveau seit 20 Jahren, 14% unter das Niveau des höchsten Ausstoßes im Jahr 2007. Ich bin sicher, dass ich ein britisches Auditorium nicht an die potentiellen Vorteile der Schiefer-Ausbeutung in diesem Land erinnern muss.

Ich war immer ein Agnostiker hinsichtlich der globalen Erwärmung. Ich habe niemals als Ganzes die multiplen Besorgnisse von vielen wichtigen Wissenschaftlern zurückgewiesen, aber die Geschichte der Menschheit hat mich auch auf die unbegrenzte Kapazität der Menschen hingewiesen, sich an ändernde Bedingungen der Umwelt anzupassen, in der sie leben.

Die meisten in diesem Saal werden sich an die apokalyptischen Warnungen des Club of Rome vor über 40 Jahren erinnern. Das waren Experten; sie haben vorhergesagt, dass der Welt die Ressourcen ausgehen, sich selbst zu erhalten. Sie lagen falsch. Tragischerweise kommt es noch immer zu Hungersnöten, aber viele wenn nicht alle sind Folgen von Tyrannen, die Hunger als eine politische Waffe missbrauchen.

Im Jahre 2004 hat die damals von mir geführte Regierung in Australien ein Weißbuch zu Energie zusammengestellt, in dem ein Emissions-Handelssystem abgelehnt worden war, ebenso wie eine verpflichtende Bindung, dass bis zum Jahr 2020 20% der Energie aus Erneuerbaren stammen müssen (was von einem von der Regierung eingesetzten Komitee verlangt worden war). Außerdem wurde unser Widerstand gegen die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls noch einmal bekräftigt. Die wichtigste Feststellung war aber, dass Investitionen in die Technologie höhere Priorität haben sollten als andere Maßnahmen hinsichtlich der globalen Erwärmung.

Zwei Jahre später, nämlich Ende 2006 hat meine Regierung einen „perfekten Sturm“ in dieser Hinsicht ausgelöst. In vielen Gebieten in Westaustralien war es zu einer anhaltenden Dürre gekommen, was zu ernststen Beschränkungen des täglichen Wasserverbrauchs geführt hatte. Nicht zum ersten oder zum letzten Mal begann die Brandsaison früh; der Bericht von Sir Nicholas Stern stürmte die Bücherregale, wobei der Autor selbst Australien besuchte; und schließlich hat Al Gore seinen Film „eine unbequeme Wahrheit“ veröffentlicht. Kurz gesagt, „etwas gegen die globale Erwärmung zu tun“ erhielt einen starken politischen Impuls in Australien.

Die Atmosphäre – die politische, meine ich – war diesem Impuls sicherlich förderlich. Die australische Wirtschaft blühte, die Arbeitslosigkeit sank auf ein 30-Jahres-Tief, der Haushalt war solide, und die internen Forschungen der Liberal Party enthüllten, dass der Optimismus der Menschen so groß war, dass sie glaubten, die Wirtschaft liefe praktisch von allein. Es war nicht

schwierig, die Wähler zu überreden, dass man im Kampf gegen die globale Erwärmung mehr tun müsse. Schließlich konnten wir uns das leisten.

Unsere politischen Gegner drängten uns, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren, eine bedeutungslose Geste in diesem Stadium, aber eine, die als ein schmerzloser Weg präsentiert wurde zu zeigen, etwas „gegen die globale Erwärmung zu tun“. Meine Regierung hat ursprünglich aus wichtigen politischen Gründen die Ratifizierung abgelehnt, da das Protokoll nicht auch Entwicklungsländer wie China und Indonesien verpflichtet hatte. Bei einer Ratifizierung hätte das Verletzen der Vorgaben Strafen für bestimmte Industriezweige in Australien nach sich gezogen, nicht jedoch in jenen Entwicklungsländern.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Industrie und Regierung forderte ein Emissions-Handelssystem, aber eines, das unseren Exportbereich schützte einschließlich der Bergbau-Industrie. Auch hat die Regierung darauf hingewiesen, dass Australien ein neues Abkommen unterstützen würde, die Treibhausgas-Emissionen zu begrenzen unter der Voraussetzung, dass dies für alle Emittenten gilt. Wir sind weiterhin gegen die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls in seiner jetzigen Form.

Die Regierung übernahm die Forderung der Arbeitsgruppe mit der Prämisse, dass wir nur dann die volle Einführung vornehmen würden, wenn andere Länder das Gleiche tun. In diesem Stadium gab es noch einigen Optimismus, dass dies geschehen würde. Politisch hat unsere Antwort nicht die Ansicht der australischen Gemeinschaft verändert, wobei unsere Gegner von Labor, die weiterhin die Ratifizierung von Kyoto verlangten, sich stärker Aktionen gegen die globale Erwärmung verpflichtet fühlten als meine Regierung.

Der Rest ist, wie sie sagen, Geschichte. Die ALP unter Kevin Rudd hat meine Regierung nach fast zwölf Jahren im Amt geschlagen. Das Thema globale Erwärmung hat Labor geholfen, da deren Ansichten zu jener Zeit moderner waren als unsere. Die Zeit für eine Änderung war jedoch der Hauptgrund, warum wir verloren haben.

Ursprünglich hatte die Liberal Party auch in der Opposition provisorisch die Anstrengungen der neuen Labor-Regierung unterstützt, stärkere Maßnahmen hinsichtlich der globalen Erwärmung zu ergreifen. Ende 2009 jedoch begann sich die Stimmung zu ändern, wobei Tony Abbott und Andere gegen Verhandlungen mit der damaligen Regierung über die Ausgestaltung eines Emissions-Handelssystems waren. Dies führte zur Änderung in der Parteiführung, von der ich weiter oben gesprochen habe. Abbott kehrte die Politik der Liberal Party zu diesem Thema von unten nach oben. Er hat jedwede überparteiliche Unterstützung für ein Emissions-Handelssystem zurückgezogen und konfrontierte die immer noch ziemlich neue Regierung mit einem starken Vorsprung bei den Wahlen.

Die globale Finanzkrise war in vollem Gange, obwohl Australien davon nicht besonders stark betroffen war. Nachdem er die globale Erwärmung als „die größte moralische Herausforderung unserer Zeit“ bezeichnet hatte, vollführte Kevin Rudd eine politische Kehrtwende und verschob die Einführung seines geschätzten Emissions-Handelssystems um mindestens zwei Jahre. Während dieses

Prozesses ließ er eine Gelegenheit verstreichen, eine Wahl für beide Häuser unseres Parlamentes zu diesem Thema abzuhalten, die er damals wahrscheinlich gewonnen hätte, weil es immer noch eine starke gefühlsmäßige Stimmung gab, gegen die globale Erwärmung „etwas zu tun“.

Diese Kehrtwende hat die Öffentlichkeit verwirrt, wie es bei politischer Inkonsistenz immer der Fall ist, und die persönlichen Umfragewerte von Kevin Rudd fielen stark, aber nicht katastrophal. Die Labor Party behielt ihre führende Rolle unter den Parteien. Viele seiner Kollegen mochten seinen Regierungsstil nicht und benutzten den Rückgang seiner Umfragewerte, ihn als Premierminister abzusetzen. Für ihn kam Julia Gillard. Rudds Rücktritt als Premierminister im Juni 2010 war ein kolossaler Fehler und war das grundlegende Element, das zu der schweren Niederlage der ALP-Regierung vor etwas über zwei Monaten geführt hat.

Die neu eingeführte Premierministerin Julia Gillard konnte die Wahlen 2010 nicht gewinnen. Es war ein effektiv totes Rennen, das ihre Regierung unpassenderweise überstand, und zwar mit Unterstützung von zwei Unabhängigen aus sehr konservativen Einrichtungen. Sie gab das spezifische Versprechen ab, keine Kohlenstoffsteuer einzuführen, hat dann aber genau das getan, weil dies der Preis war, den die Grünen für eine garantierte weitere Unterstützung verlangt hatten, hielten sie doch das Gleichgewicht der Kräfte im Senat.

Es war keine Überraschung, dass Tony Abbott sie unaufhörlich mit diesem Bruch ihres Versprechens konfrontierte. Er selbst hat einen direkten Aktionsplan vorgelegt, der direkte finanzielle Zuwendungen für Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen enthielt. Rudd wollte immer zurück an die Macht und war, gelinde gesagt, nie eine Hilfe der Frau, die ihn ersetzt hat. Verzweifelt, aber nicht als Affekthandlung, hat die ALP Rudd im Juni dieses Jahres erneut auf den Schild gehoben, aber es war zu spät. Die Australier hatten genug von einer inkompetenten Regierung und haben diese abgewählt.

Australien ist ein an Ressourcen reiches Land. Vor gerade zwei Jahren haben die Kanadier den Konservativen von Stephen Harper zur Mehrheit verholfen. Diese plädierten für eine vernünftige Verwendung seiner Ressourcen. Genauso haben die Australier jetzt eine Regierung mit einer pragmatischen Haltung zur globalen Erwärmung gewählt. Sie bestimmte auch, unsere große Bergbauindustrie als einen wertvollen Schatz zu behandeln. Die hohe Zeit für öffentliche Unterstützung für über-zelotische Maßnahmen gegen die globale Erwärmung war vorbei.

Mein Verdacht ist, dass sich die meisten Menschen in Ländern wie dem Unseren in einer gewissen nachhaltigen Agnostik zu diesem Thema befinden. Natürlich ändert sich das Klima. Das hat es schon immer getan. Es gibt unterschiedliche Meinungen nicht nur darüber, wie nachhaltig diese Erwärmung ist – anscheinend hat es sich während der letzten 15 Jahre überhaupt nicht erwärmt – sondern auch über die relativen Beiträge der Menschheit und von natürlichen Ursachen. Die Ansichten sind jedoch alles andere als unterschiedlich hinsichtlich der rasant steigenden Stromkosten und dem zunehmenden Bewusstsein, dass umfangreiche Subventionen für die Erzeugung erneuerbarer Energie gezahlt werden, die eine immer schwerere Belastung für Geringverdiener sind.

Angesichts der sich ändernden öffentlichen Meinung haben zelotischere Befürworter von Maßnahmen gegen die globale Erwärmung versucht, eine automatische Verbindung herzustellen zwischen dieser und bestimmten Wetterereignissen. Wie viele von Ihnen wissen, gab es in NSW [New South Wales] vor zwei Wochen schwere Buschbrände, die über 200 Häuser in den unteren Blue Mountains westlich von Sydney zerstört haben. Diese Brände wurden schließlich durch die hervorragenden Bemühungen unserer Feuerwehrleute unter Kontrolle gebracht. Unter diesen war auch unser neuer Premier Tony Abbott, der unauffällig seiner lokalen Feuerwehr hierbei geholfen hat. Er ist seit Jahren Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr.

Unter Federführung von Christiana Figueres, Generalsekretärin des UNFCCC, wurde durch Leute, die man nur als Alarmisten bezeichnen kann, ein Versuch unternommen, diese Brände für ihre Ziele in der Debatte um die globale Erwärmung auszuschlachten. Sie sagte, die Brände seien ein Beispiel für „doom and gloom“ [etwa: Schicksal und Untergang], die der Welt bevorstehen könnten ohne starke Maßnahmen gegen die Klimaänderung. Die Brände bewiesen ihren Worten zufolge, dass die Welt schon jetzt „den Preis für Kohlenstoff zahle“. Und das, obwohl sie sich nach allen Richtungen mit der Bemerkung abgesichert hatte, dass eine Verbindung zwischen der globalen Erwärmung und den Buschbränden in NSW „noch“ nicht bewiesen sei.

Der Premier wies diese Verbindung zurück. Der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore wurde auf dem Flaggschiff aller Nachrichtenmagazine des Senders ABC interviewt. Er sagte, dass es hinsichtlich einer direkten Verbindung keine Zweifel gebe. Ihm zufolge hatte Abbott unrecht.

Mit einem exquisiten Timing, von dem ich sicher bin, dass es Zufall war, hat ABC in der folgenden Nacht eine dreiteilige Serie zur Kunst in Australien gesendet. Eines der gezeigten Gemälde war der ikonische „Black Thursday“ von William Strutt. Mit eindrucksvollen Details ist dort ein gewaltiger Buschbrand in Victoria dargestellt, der ein Viertel der Landmasse der Provinz vernichtete, eine Million Schafe tötete und 12 Todesopfer forderte. Dem Moderator des Programms zufolge sprachen Presseberichte jener Zeit davon, dass das Feuer so intensiv war, dass brennende Ascheteilchen noch auf einem Schiff bemerkt worden waren, das 20 Meilen entfernt auf See fuhr. Dieses Feuer ereignete sich im Jahr 1851, also vor 163 Jahren während einer Zeit, wie man uns sagte, in der der Planet keinerlei globale Erwärmung aufwies. Man kann all dies sehr gut auch als eine unbequeme Wahrheit bezeichnen [2].

Wo bleiben wir in dieser Debatte? Aus Sicht eines Agnostikers können folgende grobe Schlussfolgerungen gezogen werden:

1. Erstes Prinzip: Man sage uns niemals, dass wir akzeptieren sollen, dass die Wissenschaft in einer Hinsicht ewig gilt; man bleibe immer offen für die Bedeutung der Ergebnisse neuer Forschungen.

2. Man erhalte sich einen Sinn für die Verhältnismäßigkeit, vor allem, wenn es um die Lastverteilung zwischen den Generationen geht. Der überzeugende Punkt im Buch *An Appeal to Reason* [etwa: Appell an die Vernunft] von Nigel Lawson lautet, dass die gegenwärtige Generation keine zu schwere Last tragen soll, nur damit zukünftige Generationen 8,4 mal besser dran sind und 9,4 mal

wohlhabender. Alle Politiker sollten sich das hinter die Ohren schreiben. Selbst das IPCC schätzt, dass das globale BIP in diesem Jahrhundert um das 14-fache zunehmen wird, und um das 24-fache in den Entwicklungsländern.

3. Erneuerbare Energiequellen sollten immer dann genutzt werden, wenn es wirtschaftlich sinnvoll ist. Je weniger die Regierungen intervenieren, umso eher wird das der Fall sein.

4. Kernenergie muss langfristig eine Antwort sein. Es ist eine saubere Energiequelle, hat das Potential, grundlastfähigen Strom zu erzeugen als Alternative zu fossilen Treibstoffen, und moderne Kernkraftwerke haben ein extrem hohes Sicherheitsniveau.

5. Man vergesse nie, dass die Technologie weitere Überraschungen bereithalten wird. Ich bezweifle, dass der Ausdruck „Fracking“ weithin bekannt ist, geschweige denn vor fünf Jahren überhaupt existent war.

Darf ich mit einer geopolitischen Anmerkung schließen? Was Einige die „Schiefer-Revolution“ nennen, die in den USA im Gange ist, hat das Potential, zu einem „Game Changer“ im ureigenen Sinn dieses Ausdrucks zu werden. Sie steckt noch in den Kinderschuhen, aber wenn die Optimisten recht behalten, wird es die Energie-Abhängigkeit der USA von Einfuhren aus dem Nahen Osten reduzieren wenn nicht sogar ganz beseitigen. Das hätte gigantische strategische und außenpolitische Konsequenzen. Dabei spielt es keine Rolle, ob ein Demokrat oder ein Republikaner im Weißen Haus regiert.

[1] Ottmar Edenhofer interview with German news outlet NZZ Online, 14th November 2010. Published in English by the GWPI:

<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/klimapolitik-verteilt-das-weltvermoegen-neu-1.8373227>

<http://newsbusters.org/blogs/noel-sheppard/2010/11/18/un-ipcc-official-we-redistribute-worlds-wealth-climate-policy>

<http://www.thegwpf.org/energy-and-poverty-what-is-really-at-stake-in-cancun/>

[2] Edmund Capon, *The Art of Australia*, ABC Television, 2013

<http://www.abc.net.au/arts/artofaustralia/default.htm>

Press reporting of the Black Thursday fires in *The Argus*, 1851,

<http://trove.nla.gov.au/ndp/del/article/4300936>;

<http://trove.nla.gov.au/ndp/del/article/4776100>

Link: <http://www.thegwpf.org/john-howard-religion/>

Übersetzt von Chris Frey EIKE